

Wolfgang Benz

Antisemitismusforschung als akademisches Fach und öffentliche Aufgabe

Abschiedsvorlesung 21. Oktober 2010 im Lichthof der TU Berlin

Eine erweiterte Version dieses Textes ist im
Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Band 19, Metropol Verlag Berlin,
ab 28. Oktober 2010 nachzulesen.

Welche Valenz kann eine Wissenschaft beanspruchen, die auf einem schiefen Begriff gründet, welchen Beitrag zur Erhellung der Welt kann sie leisten und mit welchen Definitionen, Theorien und Methoden arbeitet sie. Diese Fragen richten sich an die Antisemitismusforschung, die seit 1982 an der Technischen Universität Berlin institutionalisiert ist und gelegentlich Kontroversen auslöst.

1. Vorurteile und Stereotype

Judenfeindschaft ist, so die Erkenntnis interdisziplinärer Forschung, die Projektion von Vorurteilen auf eine Minderheit. Das hat für die Mehrheit verschiedene Funktionen und Vorteile. Festzuhalten bleibt, dass „der Jude“, den der Antisemit meint und bekämpft, mit real existierenden Juden nichts zu tun hat. Es sind Konstrukte, Bilder von zähem Leben, wie die Geschichte des antisemitischen Vorurteils beweist, des ältesten, sozialen, kulturellen, politischen Ressentiments überhaupt. Die aktuellen Ausprägungen von Judenfeindschaft sind unterschiedlich und weisen nationale Besonderheiten auf wie den sekundären Antisemitismus in Deutschland und Österreich, dessen Argumente sich an Entschädigungen und Wiedergutmachungsleistungen nach dem Holocaust festmachen. Rassistisch argumentierender Antisemitismus tritt immer in rechtsextremen Zusammenhängen auf - dazu gehört auch die Leugnung des Holocaust – seine Verbreitung ist allgemein, aber unterschiedlich intensiv.

Dagegen findet religiöser Antijudaismus mit seinen traditionellen Formen („Gottesmord-Vorwurf, Ritualmordlegenden) in den Gesellschaften Osteuropas größere Resonanz als im Westen. Akut ist der Antizionismus,

der an sich nicht mit Antisemitismus gleichgesetzt werden darf, sich aber durch fanatische Parteinahme gegen Israel und durch die Übernahme von judenfeindlichen Stereotypen und Argumentationsmustern („Weltherrschaftsstreben“, Verschwörungsphantasien) zu einer aktuellen Sonderform der Judenfeindschaft entwickelt hat, die derzeit größte Verbreitung findet.

Der Nahost-Konflikt hat mit der zweiten Intifada eine Dimension weitab vom eigentlichen Schauplatz Israel/Palästina erhalten. Die Solidarisierung junger Muslime mit den Palästinensern in Frankreich und Belgien, den Niederlanden und Großbritannien, Staaten mit einem verhältnismäßig großen Bevölkerungsanteil arabisch-islamischer Herkunft, äußert sich nicht nur in israelfeindlicher Propaganda und in Demonstrationen bis hin zu Ausschreitungen, es wird dabei auch traditioneller Antisemitismus instrumentalisiert. In Osteuropa dient Judenfeindschaft bei der Selbstdefinition nationaler Mehrheiten als Leitmotiv. Das Vorurteil gegen Juden funktioniert als Katalysator für nationalistische und fundamentalistische Strömungen und bildet den gemeinsamen Nenner für antiliberale, antikapitalistische, antikommunistische und antiaufklärerische Bewegungen.

Die Wurzeln des Ressentiments gegenüber Juden im christlichen Selbstverständnis und die lange gesellschaftliche Tradition bedingen, dass jeder Erklärungsversuch auch die Geschichte des Antisemitismus in den Blick nehmen muss. Das verführt im Kampf um die Deutungshoheit, was Antisemitismus ist und wie damit umzugehen ist, dann Kritiker des akademischen Umgangs mit der Judenfeindschaft zur Behauptung, Antisemitismusforschung sei eine ausschließlich historisch ausgerichtete Wissenschaft, die sich nur für „tote Juden“ interessiere, vor alltäglicher aktueller Diskriminierung von Juden in der Bundesrepublik oder vor der Bedrohung Israels die Augen schließe. Als Provokation vorgebracht hat das möglicherweise Wirkung, weil es Ressentiments bedient. Es entspricht aber nicht der Realität.

2. Kampf um Deutungshoheit

Argwohn gegen eine akademische Behandlung des Gegenstands „Judenfeindschaft“ wird aus diametralen politischen Lagern artikuliert. Linksradike begegnen sich punktuell mit Reaktionären und Rechtsradikalen,

wenn gegen unerwünschte Ergebnisse der Wissenschaft mobil gemacht werden muss. Andere agieren aus eigener Mission. Allein die Tatsache, dass in Berlin ein „Zentrum für Antisemitismusforschung“ existiert, beunruhigt einen älteren Herrn, der sich die Mühe machte, in drei langen handschriftlichen Briefen dem Leiter dieses Zentrums seine Meinung über „die Juden“ mitzuteilen. Seine Argumentation, in der vor allem die bekannten Stereotypen zum Nah-Ost-Konflikt bemüht werden, läuft darauf hinaus — wie es am Stammtisch landauf, landab artikuliert wird — zu „beweisen“, dass es doch an den Juden liegen muss, dass man sie nicht mag. Die These, dass Judenfeindschaft ein Konstrukt der Mehrheitsgesellschaft ist und instrumentale Funktionen hat, wird mit Empörung zurückgewiesen. Auch das gehört zum Alltag der Antisemitismusforschung. Die Reaktionen auf die Rede des einstigen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann haben es vor einigen Jahren öffentlich gemacht.

Das Zentrum für Antisemitismusforschung wird von manchen als Einrichtung gesehen, die amtlichen Charakter hat oder wenigstens von der deutschen Regierung unterstützt wird. Andere denken, es gehöre zu den nicht wenigen Aktivistengruppen, die gegen die Feinde Israels kämpfen. Wieder andere, denen die „Jerusalem Post“ als Forum einer elenden Hetzkampagne dient, werfen dem Zentrum vor, dass es nicht in Diensten einseitiger Interessen steht. Das weltweite Renommee des Zentrums als unabhängiges akademisches Institut der Technischen Universität Berlin gründet nicht eben auf politische Aufträge, auf Teilnahme an Kampagnen oder auf Aktionismus, sondern auf seine Forschungen. Dazu gehören Studien über die aktuelle Judenfeindschaft von Muslimen ebenso wie Forschungen zum Holocaust, eine Geschichte der Rettung von Juden in der NS-Zeit in sieben und eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Konzentrationslager in neun Bänden sowie ein mehrbändiges Handbuch des Antisemitismus, das ohne zeitliche und geographische Grenzen Judenfeindschaft von der Antike bis zur Gegenwart, von Martin Luther bis zu Ahmadinedschad in allen Formen und Erscheinungen beschreibt. Den dritten Band stellen wir im Dezember vor, den vierten im Frühjahr 2011.

Dass dieses Institut zur Erforschung der Judenfeindschaft in Deutschland errichtet wurde, hat viele Gründe. Die Beobachtung und Analyse des aktuellen Antisemitismus, das Bild Israels in der öffentlichen Meinung gehören zu den Gegenständen des Interesses ebenso wie Grundlagenforschung zum Wesen des

Vorurteils. Die Beschäftigung mit Judenfeindschaft auf universitärer Basis ist in Deutschland ein Erfordernis der politischen Kultur. Demokratie und Toleranz als Grundlage menschlichen Zusammenlebens gehören zu den wichtigsten Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus. Dazu ist die ständige Prüfung des Zustands der Gesellschaft an ihrem sensibelsten Punkt, der Einstellung der Mehrheit gegenüber der jüdischen Minderheit und gegenüber Juden überhaupt, notwendig.

3. Antisemitismus als Paradigma

Monokausale Erklärungen werden dem komplexen Phänomen des Antisemitismus nicht gerecht, daraus erklärt sich das notwendige Zusammenwirken von Disziplinen, Methoden und Theorien. Der Antisemitismus dient aufgrund seiner langen Existenz und seiner vielfältigen Erscheinungsweisen als das exemplarische Phänomen für die Erforschung von Gruppenkonflikten und sozialen Vorurteilen. Mit den gegenwärtigen Migrationsprozessen und mit der Neuformierung von Gesellschaften mit großen ethnischen Minderheiten in Europa wiederholen sich strukturell viele Konflikte und Problemstellungen, die wir aus der Geschichte des Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden kennen. Deswegen kann sich Antisemitismusforschung nicht auf den engeren Gegenstand der Feindschaft gegen Juden beschränken. Das Fach muß sich erweitern von der Untersuchung des speziellen Ressentiments und seiner Wirkungen zur allgemeinen und übergreifenden Problematik von Vorurteil und Diskriminierung, Ausgrenzung von Minderheiten und Xenophobie. Migrationsprozesse und Minoritätenkonflikte sind daher unter allgemeinen und übergreifenden theoretischen Ansätzen ebenso Teil der Antisemitismusforschung wie die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung einzelner soziologischer, ethnischer, religiöser, politischer Minderheiten. Ziel ist eine umfassende Vorurteilsforschung, die grundsätzlich jedes geeignete Forschungsfeld einbeziehen kann, wenn es dem paradigmatischen Charakter entspricht. Komparatistische Studien haben dementsprechend korrespondierend zur Methodenvielfalt hohen Stellenwert in der Antisemitismusforschung.

In diesem Sinn muss der Begriff des Antisemitismus erweitert und als Forschungsstrategie verstanden werden, die Phänomene wie die Verfolgung der Sinti und Roma, die Diskriminierung von Minderheiten wie z.B. „Asoziale“

einbezieht, ausgrenzende Ideologien, die mit biologistischem Determinismus, Sozialdarwinismus, rassistischen antiegalitären Bestrebungen und ähnlichen Theoremen agieren, in den Blick nimmt. Jugendgewalt, Rechtsextremismus, Ausländerhass sind damit Themenfelder einer Antisemitismusforschung, die Antworten auf komplexe Problemzusammenhänge sucht und die vielfältigen Feindbilder und Vorurteile in politischem, sozialem und kulturellem Zusammenhang analysiert.

Von allem Anfang an hat sich die Antisemitismusforschung des Berliner Zentrums nicht darauf beschränkt, den Hass gegen die Juden, seine Ursachen, Formen und Wirkungen zu untersuchen. In seiner Antrittsvorlesung gab der Gründungsdirektor des Zentrums, Herbert A. Strauss, 1982 seiner Hoffnung Ausdruck, dass durch die Erforschung des Antisemitismus „neue Einsichten für das Verständnis zum Beispiel auch der Gastarbeiter—Minderheiten in den westlichen Industrieländern gewonnen werden können“. Als Ansatz schlug Strauss das Studium der Vorurteils- und Akkulturationsprozesse und der Minderheitenbeziehungen vor, die in den USA, seiner konstitutionellen und intellektuellen Heimat nach der Flucht aus NS-Deutschland 1943, „zur politischen und sozialen Kultur gehören, in ihren Fortschritten wie in ihren Rückschlägen“. Die derzeit von „Islamkritikern“ vorgetragenen Stigmatisierungen von Muslimen, die als Gastarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen wurden und dann Bürgerrecht erwarben, sind vor dem Hintergrund unzulänglicher Integrationspolitik eines der Forschungsfelder, die Strauss meinte.

Antisemitismusforschung als Wissenschaft wird unter aktueller politischer Tendenz — der Fixierung auf die Bedrohung Israels durch einen sich ausbreitenden massiven Antizionismus insbesondere in der islamischen Welt — aus politischem Interesse in Frage gestellt. Vorgetragen werden in Kampagnen Postulate zur Instrumentalisierung von Wissenschaft, fixiert auf ein Freund-Feind-Schema ohne intellektuellen Anspruch, aber ohne Scheu vor obszöner Denunziation, geübt im Eifer des Brandmarkens, Stigmatisierens und Diskriminierens unerwünschter Argumente und ihrer Träger. Kampagnen sind undifferenziert und verlangen die Einnahme unbedingter Positionen. Wissenschaftliche Analyse und Interpretation des Problems der Judenfeindschaft, die sich nicht in den Dienst manichäischer Weltansicht nehmen lassen darf, wird dann fanatisch diffamiert und die Betrachtung der Methoden der Diskriminierung anderer Minderheiten als der jüdischen werden als

unzulässig erklärt, wenn Erkenntnisse der Antisemitismusforschung paradigmatisch benutzt werden. Das wird als Relativierung des ausschließlich zu beklagenden Übels der Judenfeindschaft verstanden und von politischen und publizistischen Interessenvertretern mit dem törichtem Argument bekämpft, der Vergleich (z. B. traditioneller Praktiken des Antisemitismus mit dem Vorgehen von „Islamkritikern“) werte das eine ab und das andere auf.

Der Anspruch auf Deutungshoheit, was Antisemitismus nun eigentlich sei und wer berechtigt ist, ihn zu erforschen, wird mit unterschiedlicher Begründung erhoben. Moralische und philosophische Argumente werden immer dann vorgebracht, wenn es um politische oder auch ökonomische Interessen geht. Philosemitismus und Betroffenheit allein bieten aber genau so wenig taugliche Instrumente zum Umgang mit dem Übel (d. h. seiner Erforschung und Bekämpfung) wie naive Politik. Das gilt auch für parlamentarische und regierungsamtliche oder von internationalen Gremien initiierte Anstrengungen der Beschäftigung mit dem Problem Antisemitismus. Sie beginnen in der Regel mit neuen Definitionsversuchen (die Judenfeindschaft gerne bei irgendwelchen Anderen verorten) und endet nach Mutmaßungen mit Resolutionen. Ziel muss aber sein, Judenfeindschaft als gesellschaftliches Phänomen zu begreifen und Aufklärung dagegen zu setzen, um sie öffentlich zu ächten, einzudämmen und politisch zu marginalisieren.

Ähnlich schwer zu erklären wie die Tatsache, dass Antisemitismus kein Reflex auf Charaktereigenschaften oder Handlungen von Juden ist, vielmehr ein Konstrukt der Mehrheitsgesellschaft, die sich von Interessen und politischen Zielen geleitet ihr Bild vom Juden macht, so schwierig ist es, die Notwendigkeit von Antisemitismusforschung als einer Wissenschaft darzulegen. Wissenschaft bedeutet Analyse und Interpretation eines Sachverhalts mit Methoden der Rationalität und dem Ziel der Objektivität. Max Weber hat in einer klassischen Formulierung als Voraussetzung politischen und wissenschaftlichen Handelns die Verbindung von Leidenschaft und Augenmaß gefordert. Das ist immer noch richtig, und so abstrus die Vorstellung ist, ein fanatischer Judenfeind könne fruchtbare Antisemitismusforschung treiben, so selbstverständlich ist das Postulat nach Empathie mit der Minderheit, mit der sich der Forscher beschäftigt. Das Augenmaß bei aller Leidenschaft für den Gegenstand besteht aber darin, dass das Motiv des Antisemitismusforschers nicht im Verlangen nach Beifall aus den Reihen der Minderheit bestehen darf. Antisemitismusforschung ist eine Dienstleistung gegenüber der

Mehrheitsgesellschaft, nicht Anbiederung an die Opfer von Abneigung, Aggression, Diskriminierung und Verfolgung. Das Ziel der Antisemitismusforschung besteht in der Aufklärung der Mehrheit über Entstehung, Ausformung, Wirkung und Folgen einer aus Hass, Kalkül und Tradition generierten feindseligen Einstellung gegenüber der Minderheit der Juden.

4. Leitfunktion der Antisemitismusforschung

Mit dem Plädoyer, Feindschaft gegen andere Minderheiten und stigmatisierte Gruppen in die Antisemitismusforschung einzubeziehen, weil diese das methodische Instrumentarium paradigmatisch entwickelt hat und ständig weiter entwickelt, ist die Absage an die akademische Institutionalisierung spezieller Forschungsthemen wie Antiziganismus oder Islamophobie verbunden. Nicht weil solche Forschung nicht notwendig wäre, im Gegenteil. Ebenso wie die Instrumentalisierung eines Forschungsgebiets für Sonderinteressen jeweiliger Gruppen abgelehnt werden muss, ist die Zersplitterung der Vorurteilsforschung auf mehreren Mikroebenen schädlich, weil sie zwangsläufig an Ressourcen Mangel leidet und den gesellschaftlichen Kontext sowie größere Zusammenhänge aus den Augen zu verlieren droht.

Die Leitfunktion der Antisemitismusforschung im engeren Sinne in einer erweiterten Vorurteilsforschung ergibt sich aus der Tatsache, dass Judenfeindschaft das älteste existierende politische, kulturelle, religiöse, soziale und ökonomische Vorurteil mit der katastrophalen Folge des bislang größten Genozids der Menschheitsgeschichte ist. Die Bedeutung der Juden und der Judenfeindschaft wird auch nicht gemindert, wenn andere Minderheiten von der Antisemitismusforschung in den Blick genommen werden. Ebenso wenig wie vergleichende Genozidforschung die Einzigartigkeit der Shoah in Frage stellt, bedeutet vergleichende Vorurteilsforschung, die von der Antisemitismusforschung ihren Ausgang nimmt, eine Bagatellisierung des historischen und aktuellen Judenhasses.

5. Empathie, Emotion, Interessen

Zwei Determinanten sind Voraussetzung jeder Beschäftigung mit Judenfeindschaft. Die eine ist der Holocaust als Menetekel, wie Ressentiments gegen eine Minderheit mörderisch enden. Und das aus dem Judenmord resultierende Trauma der Opfer und ihrer Nachkommen kennt keine Verjährung, ebenso wenig wie die Scham der Nachkommen der Täter. Die andere Determinante ist das Verhältnis zu Israel, dem Staat der Juden, dessen Handlungen man im einzelnen kritisieren darf wie die eines jeden Staats, dessen Existenzrecht aber nicht zur Disposition steht.

Der zweiten Intifada gegen Israel, dem Terrorakt des 11. September 2001, dem Bramabarsieren und Säbelrasseln des iranischen Diktators Achmadinedschad ist im Westen viel Vernunft und Liberalität zum Opfer gefallen. Populisten und verantwortungslose Demagogen versuchen der Welt einzureden, alle Gläubigen einer Religion, der des Islam, seien aus dem einen Grund, weil sie Muslime sind, suspekt. Intoleranz gegen sie wird propagiert, weil man sich schützen müsse, weil ihre Religion aggressiv sei und eigentlich gar keine Religion, sondern eine politische Bewegung, die seit Jahrhunderten gegen „den Westen“ agiere und Europa, das christliche Abendland, zu dominieren drohe. Dass diese Agitation nicht auf Rechtsextremisten beschränkt bleibt, wo man sie vermutet, sondern dass die Hysterie, die sich „Islamkritik“ nennt, auch Publizisten, Wissenschaftler, Politiker ergriffen hat, von denen man größere Rationalität und mehr Toleranz erwarten darf, gehört zu den betrübenden Entwicklungen unserer Tage. Bedenklich sind nicht nur die Traditionen, die beschworen werden, sondern vor allem auch die Methoden, mit denen agitiert wird.

Die derzeit mit größerer Leidenschaft als erkennbarer Sachkunde beschworene Gefahr einer „Islamisierung Europas“, ausgetragen in Kopftuchdebatten, artikuliert im Verlangen nach Minarettverboten, agiert mit hasserfüllten Tiraden in der Blogger-Szene, greift auf jahrhundertealte Deutungsmuster zurück. Der aktuelle „islamkritische“ Diskurs hat erhebliche xenophobe und kulturellrassistische Züge, bedient Überfremdungsängste, argumentiert durchgängig mit religiösen Vorbehalten, die seltsamerweise in den säkularisierten Gesellschaften Europas mit großem Ernst vorgetragen und nachempfunden werden. Die Vorstellungen von Despotie (beginnend in der Familie), Gewaltbereitschaft, Bildungsunlust reichen weit zurück. Sie werden bekräftigt durch Verweise auf aktuellen Terrorismus durch Islamisten und auf das Unrechtsregime im Iran, das sich selbst durch Terror im Inneren und Drohungen nach außen längst diskreditiert hat.

Die aktuelle Islamkritik, wie sie auch von jüdischer Seite (aus nachvollziehbaren Gründen angesichts der Bedrohung Israels und offensiv gelebter Judenfeindschaft von Muslimen) vehement vorgetragen wird, hat kein historisches Gedächtnis und kein Problembewusstsein für die Austauschbarkeit der Stigmatisierung von Gruppen. Fixiert auf ihr Feindbild müssen Populisten gegen differenzierende Betrachtungsweisen wüten und ihre eindimensionale Weltsicht verteidigen. Dass demagogische Islamfeindschaft, die Hass gegen eine fremde Kultur predigt und Intoleranz proklamiert, an anderen Traditionen der Feindseligkeit gegen Menschen wie dem Antisemitismus oder dem Antiziganismus zu messen ist, steht wissenschaftlich außer Frage.

Wer dies thematisiert, etwa auf Parallelen zur Agitation des organisierten Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert verweist, mit der gegen die Emanzipation der Juden in Deutschland gekämpft wurde, muss damit rechnen, mit Krawall überzogen zu werden, weil er angeblich Judenfeindschaft mit Feindschaft gegen Muslime gleichgesetzt habe. Worum es wirklich geht, bleibt dabei außer Acht. Es geht um Toleranz in der demokratischen Gesellschaft, um das Bemühen, Diskriminierung und Ausgrenzung minoritärer Gruppen zu verstehen und einen Beitrag zu leisten, um dieses zu verhindern. Es geht auch darum, aus der Geschichte der Judenfeindschaft zu lernen. Alle Anstrengungen, den Holocaust zu erforschen und zu verstehen, um die Erfahrung der Katastrophe des Judenmords für die Entwicklung einer demokratischen, humanen und toleranten Gesellschaft zu nutzen, wäre vergeblich, wenn anstelle der Juden andere Gruppen stigmatisiert würden. Diese Nutzenanwendung aber ist der Sinn einer Antisemitismusforschung, die sich nicht in den Dienst von Interessen nehmen lassen darf, die sich vielmehr über die akademische Erkenntnis hinaus als Dienst für die Gesellschaft versteht.